



MARCUS WEINBERG

Mitglied des Deutschen Bundestages

PRESSEMITTEILUNG

Senat versäumt Einreichung von Planungsunterlagen für den Bau der U5

Verkehrskollaps in Bahrenfeld droht und Anbindung von Osdorf und Lurup rückt weiter in die Ferne

Berlin/Hamburg 26.11.2018 - Im Jahre 2014 hat der damalige Bürgermeister Olaf Scholz mit Amtsantritt den Hamburgerinnen und Hamburgern versprochen, mit dem Bau der U5 von Osdorf durch die Innenstadt bis nach Bramfeld, insbesondere die Stadtteile anzubinden, die bisher nur weiße Flecken im schienengebundenen Streckennetz waren. Der Baubeginn sollte 2020 erfolgen. Doch dieser ist längst nicht mehr zu halten, denn bis heute hat der rot-grüne Senat keine Unterlagen für den Bau der U5 beim Bundesverkehrsministerium eingereicht, um die Finanzierung des Projekts aus Bundesmitteln zu sichern.

Hintergrund: Um Bundesmittel aus Berlin zu erhalten, benötigt man eine sogenannte standardisierte Bewertung, mit der man ein angemessenes Kosten-Nutzen-Verhältnis (Faktor 1,0 aufwärts) nachweist. In der Regel dauert die Genehmigung mehrere Jahre. Denn man braucht nach einer Machbarkeitsstudie (die immer noch nicht vorliegt) Baurecht, Planungsreife, ein abgeschlossenes Planfeststellungsverfahren und am Ende eben eine standardisierte Bewertung bzw. den Nachweis einer Kosten-Nutzen-Analyse. Mit dieser ist nach aktueller Lage selbst im günstigsten Fall nicht in den nächsten vier bis fünf Jahren zu rechnen. Vermutlich noch später.

Dies ist deswegen so ärgerlich für Hamburg, da am Freitag, 23. November 2018, im Deutschen Bundestag mit dem neuen Bundeshaushalt auf Initiative der CDU/CSU-Fraktion insbesondere des Hamburger Abgeordneten Christoph Ploß beschlossen wurde, den "Finanztopf" zur Förderung von regionalen Projekten im öffentlichen Nahverkehr mit ausreichenden Finanzmitteln auszustatten (Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz). Insgesamt stellt der Bund alleine für den nächsten Bundeshaushalt über 300 Millionen Euro zur Verfügung, die Mittel sollen in den folgenden Jahren auf eine Milliarde Euro pro Jahr erhöht werden. Im Falle eines positiven Kosten-Nutzen-Verhältnisses würde der Bund 60 Prozent der Gesamtkosten der U5 übernehmen. Die entsprechenden "Töpfe" sind durch den heutigen Beschluss des Deutschen Bundestags ausreichend ausgestattet.



MARCUS WEINBERG

Mitglied des Deutschen Bundestages

PRESSEMITTEILUNG

Hierzu der Altonaer Bundestagsabgeordnete und Bahrenfelder Marcus Weinberg:

"Es ist nicht hinnehmbar, dass durch das träge Handeln des Senates die Gefahr besteht, dass die Menschen in Osdorf und Lurup weiter auf die dringend notwendige Anbindung Ihrer Stadteile an den schienengebundenen Nahverkehr warten müssen. Bereits heute kann das hohe Fahrgastaufkommen durch den vorhandenen ÖPNV kaum noch bewältigt werden. Der Senat muss jetzt endlich Handeln und die notwendigen Unterlagen beim Bundesverkehrsministerium einreichen, damit die Bürgerinnen und Bürger im Hamburger Westen nicht weitere 40 Jahre auf die versprochene Anbindung warten müssen. Der Bund ist hierbei bereit 60 Prozent der Gesamtkosten zu übernehmen. Es ist schon traurig und skandalös, wenn die guten Vorarbeiten in Berlin durch die Hamburger Bundestagskollegen, wie in diesem Fall durch das Mitglied im Verkehrsausschuss Christoph Ploß, nicht in die Umsetzung gelangen, weil der Senat dieses Thema verschläft oder verschleppt. SPD-Wahlversprechen werden bei der Anbindung des Westens zum Xten Mal gebrochen. Die Menschen in Lurup und Osdorf bleiben abgehängt durch die Unfähigkeit des Senates, der sich lieber mit Neubauvorhaben wie dem Neubau des Elb-Towers öffentlich präsentiert. Schein hat gerade bei der SPD mehr Buchstaben als sein.

Darüber hinaus ist absehbar, dass durch die Nachverdichtung im Wohnungsbau mit den Neubauvorhaben an der Trabrennbahn oder im "Rotlichtdreieck" sowie weiterer großer Stadtentwicklungsprojekte wie der "Neuen Mitte Altona", der Verlegung des Fernbahnhofs nach Diebsteich oder dem Deckelbau mit einer erhebliche Zunahme des Individual- und Baustellenverkehr für Bahrenfeld zur rechnen ist. Und auch der öffentliche Personennahverkehr, insbesondere die Buslinien 2 und 3 haben bereits heute ihre Kapazitätsgrenzen erreicht. Wird bis 2020 kein Masterplan zur Entlastung des Individualverkehrs und zum Ausbau des ÖPNV entwickelt, droht Bahrenfeld bereits in fünf bis acht Jahren ein Verkehrskollaps. Der Senat, das zuständige Bezirksamt Altona und der HVV haben die Alarmsignale bereits heute ernst zu nehmen.